

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr 15761.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntags und bei allen Feiertagen. Postkosten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 R., durch die Post bezogen 5 R. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Wend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition. Kettwickerstrasse Nr. 4, oder deren Raum 20 R. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Stg.

London, 24. März. (W. T.) Unter dem Vorstoss des Lordmayors findet am 30. März in Guildhall ein Meeting der Citywähler statt, um gegen die Herstellung eines Sonderparlaments in Dublin zu protestiren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. März.
Der Bericht der kirchenpolitischen Commission des Herrenhauses.

Endlich ist der Bericht der kirchenpolitischen Commission des Herrenhauses zur Vertheilung gelangt. Die Andeutung, daß die Drucklegung des Berichts absichtlich verzögert worden sei, ist jedoch durchaus unzutreffend. Der Berichterstatter der Commission hat die Revision des Berichts erst vorgestern Nachmittag beendet. Dass die Ausgabe derselben nicht vorgestern Abend oder heute früh erfolgt ist, hängt anscheinend mit Verhandlungen über die Commissionsbeschlüsse zusammen, welche es für einen Augenblick zweifelhaft erscheinen ließen, ob der Bericht nicht nachträglich noch eine Änderung erfahren würde. Ob die gestern früh erfolgte Ankunft des Bischofs Kopp mit diesen Erwägungen zusammenhang, kann man wohl vermuten. Allem Anschein nach war auch Herr Windthorst bei denselben beteiligt.

Der Inhalt der Beschlüsse der Commission bringt wenig neues und entspricht nach dem, was bisher schon bekannt geworden, nicht der Spannung, mit welcher das Bekanntgeben derselben erwartet wurde. Die Annahme des Gesetzentwurfs in der Commissionsfassung erfolgte mit 12 gegen 1 Stimme, 2 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Mehrere andere Mitglieder bezeichneten „ihre Abstimmung insoweit als eine nur eventuelle, als sie sich für den Fall, daß zu ihrem Bedauern das Friedenswerk nicht gesichert erscheinen sollte, jede Freiheit für die schriftliche Abstimmung im Plenum vorbehielten“. Alle thatlichen Abänderungen sind an dieser Stelle schon angegeben worden.

Auch der Bericht über die Verhandlungen der Commission enthält wenig, was überraschen könnte, es sei denn die Erklärung des Cultusministers, daß die Regierung auf die Anerkennung der Anzeigepflicht sehr geringen Werth lege und auf diefelbe in der Haupthälfte nur als Documentirung eines guten Einvernehmens nach außen hin Werth lege. Die Erklärung des Cultusministers lautet wörtlich folgendermaßen:

„Von der Vorlage gelte nicht das französische Wort: „prendre ou laisser“, die Staatsregierung werde vielmehr gern Vorschläge zur Aenderung der Vorlage prüfen. Die Staatsregierung lege Werth darauf, daß eine Einigung erzielt werde unter allen maßgebenden Parteien der politischen Körperschaften und des Landes. Dazu sei das Herrenhaus der geeignete Boden und es habe deshalb auch die Vorlage des Entwurfs beim Herrenhause ihre innere Berechtigung. Wenn in der Discussion angedeutet sei, daß in betreff der Vorlage ein Benehmen zwischen der Staatsregierung und der römischen Curie stattgefunden habe, so könne er versichern, daß nichts geschehen, was einerseits der Freiheit der preußischen Gesetzgebung und andererseits den Einschließungen der römischen Curie vorjähricte. Was die von verschiedenen Seiten betonte Wichtigkeit der Sicherstellung der Erfüllung der Anzeigepflicht seitens der geistlichen Oberen bei Belebung beprümter Stellen anlange, so sieht die Staatsregierung noch heute genau auf dem Standpunkte, der in seiner Zeit veröffentlichte Note vom 5. Mai 1883 dargelegt worden; sie lege Werth darauf als Documentirung eines guten Einvernehmens zwischen Staat und Kirche nach außen hin; die Schädigung der materiellen Bedeutung dieses Instituts aber habe nach auch neuerdings gemachten Erfahrungen eher ab- als zugemommen.“

Bon thätsächlich Interesse ist es, daß die Abänderungs- und Erweiterungsanträge des Bischofs Kopp nur zum kleinen Theile unverändert angenommen, meist aber mit so erheblichen Abänderungen beschlossen worden sind, daß die Stimmenthaltung des Bischofs bei der Schlus abstimmung nicht überraschen kann.

Voraussichtlich werden bei der Berathung im Plenum noch Verhüte gemacht werden, die Beschlüsse im Sinne der Curie zu ammendiren, da es ja von vornherein als Zweck des Gesetzes bezeichnet worden ist, auch den Katholiken die Zustimmung zu dem Gesetz zu ermöglichen und dadurch einen dauernden Frieden herbeizuführen. Damit ist freilich nicht gesagt, daß der Rest der Maigeseze auch fernerhin bestehen bleifen soll. Bischof Kopp bezeichnete ausdrücklich als Ziel seiner Anträge, daß aus den Maigesezen zu befreiten, was am leichtesten zu neuen Differenzen führen könnte.

Die "Germania" macht inzwischen mit einer

Stadt-Theater.

* Die "Fledermaus" von Joh. Strauss kann als eine der besten Operetten gelten. Sie hat, wie die geistige Besetzung bewies, eine große Anzahl jüngerer in dem Interesse des Publikums überdauert. Mr. Schnelle, der Benefiziant, hatte die Freude, ein ganz besetztes Haus vor sich zu sehen, das ihm, dem beliebten und verdienten Sänger und Darsteller in zahlreichen Kranz- und Beifallsplaudern seine Sympathie aussprach. Auch wurde außerdem lebhaft Beifall gespendet, obwohl die Vorstellung durchweg prächtig nicht ging.

Fräulein v. Weber gab die Rosalinde mit seinem Humor und decentvoll und führte ihren gesanglichen Part sehr hübsch durch. Fräulein Kötischau zeigte als Adele, daß sie mit ihrer treiflichen Laune und ihrem munteren Gesangsvortrag trefflich ihre Stelle in der Oper ette ausfüllt. Auch Fräulein Pfeiffer gab den jungen blästernen Prinzen Orlofsky mit großer Gewandtheit. Neben dem Benefizianten, der den Herrn v. Eisenstein gab, machten sich namenlich die Herren Retty (Frank), Schindler (Tal) und Rose (Frosch) um die Darstellung sehr verdient. Daß der Gesanglehrer

festigkeit gegen die Beschlüsse der Commission Front, welche darauf berechnet scheint, die Regierung und die ihr zur Seite stehenden Parteien einzuschüchtern und zu weiteren Zugeständnissen zu drängen, welche der Cultusminister in der Herrenhauscommission mit grösster Bestimmtheit zurückwies.

Im Herrenhause werden die Beschlüsse der Commission, selbst diejenigen, die nur mit geringer Majorität angenommen worden sind, ohne Zweifel bestätigt werden. Es fragt sich nur, ob im Abgeordnetenhaus, vorausgesetzt, daß das Centrum an seiner unzufriedenen Haltung festhält, die Nationalliberalen und auch ein Theil der Reichspartei gewillt sein werden, für eine so weitgehende Abschwächung des Maigeseze einzu treten, falls der „dauernde Friede“ nicht erreicht wird.

Das Herrenhaus

hielt gestern eine Sitzung ab, welche einige Momente von grösserem Interesse bot, als es sonst den Be ratungen dieser Körperschaft geschenkt zu werden pflegt. Unser telegraphisches Referat von heute Morgen gab bereits das Auftreten der früheren Minister Friedenthal und v. Patow bei der Berathung der Petitionen um Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer hervor. Agrarische Großgrundbesitzer haben schon vor einiger Zeit behauptet, daß der frühere landwirtschaftliche Minister Friedenthal, der einst in seinem Amt die Gegner der Agrarier zu tragen hatte, jetzt, da er mehrere Millionen Großgrundbesitzer erworben habe, ganz einer der Ihrigen geworden. Er hat dies gestern im Herrenhause bei der Berathung der Petitionen, welche eine Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer verlangten, bestätigt. Die Commission hielt eine Aufhebung zwar nicht für angezeigt, wohl aber die volle Überweisung derselben an die Kreise resp. Gemeinden aus dem Ertrage neu aufzulegender indirekter Steuern. Mr. Dr. Friedenthal war der eifrigste Vertheidiger dieses Antrages so sehr, daß er sich dadurch das Lob des Freiherrn v. Mirbach zuzog. Mr. Dr. Friedenthal ist der Meinung, daß sich auch für die 69 Millionen, welche der preußische Staat aufgeben soll, noch Erfas in indirekten Reichssteuern finden werden. Die Annahme dieses Antrages kann nur den Zweck haben, zur Einführung immer neuer Zölle und indirekter Steuern anzureizen. Denn vor dem Erfas für die aufzuhebende Grund- und Gebäudesteuer sind schon hunderte von Millionen auf künftige indirekte Steuern eingetragen, und es ist schwerlich Aussicht, in einem Menschenalter auch nur ein Mehr von soviel aus dem deutschen Volke durch indirekte Steuern herauszuschlagen. Bekanntlich war der Grund, weshalb Dr. Friedenthal im Jahre 1879 aus dem Ministerium schied, der, daß er sich zwar einen Kornzoll von 50 Pf., nicht aber einen solchen von 1 Mark pro Doppelcentner gefallen lassen wollte, was ihm einen starken Ausdruck des Herrn Reichskanzlers eintrug. — Nur der alte v. Patow verhinderte noch die alten preußischen Finanzgrundätze, aber nur 5 Stimmen (außer v. Patow noch Baumstark, Befeler, Strudinann und Theime) standen auf seiner Seite. Camphausen war nicht erschienen; ebenso fehlte die Mehrzahl der Oberbürgermeister.

Eine eingehämmerte Kritik.

Die "Nat.-lib. Corr.", das Organ der national-liberalen Partei, bespricht in einer äußerst gehämmerten Weise das Verhalten der Fr. "Aigen" in Bezug auf die Behandlung der Petition in der Monopol-Commission. Sie thut so, als ob die Freisinnigen sich gefürchtet hätten, über die Petitionen zu verhandeln, weil sich dabei herausgestellt haben würde,

dass die Petitionen, welche einfach die Ablehnung des Monopols unter Hinweis auf eine andere Brantweinbesteuerung fordern, fast ausnahmslos maschinennäßig in der großen deutschen Freisinnigen Agitationsfabrik hergestellte Schundware sind."

Die 600 000 Wähler, welche die Petitionen gegen das Monopol unterdrückten haben, werden sicherlich nicht sehr erbaut sein über diese eingehämmerte Kritik des national-liberalen Organs. Ist das etwa der große Respekt vor dem Petitionsrecht der Wähler, daß diese Herren gegen die Freisinnigen dadurch hochzuhalten behaupteten, daß sie eine eingehende Berathung der Petitionen für nothwendig erachteten, obwohl der eigentliche Zweck der Petitionen: die Ablehnung des Brantwein-Monopols bereits erreicht war. In einem ganz besonderen Lichte erscheint aber dieser gehämmerte Ausfall der "Nationalliberalen Correspondenz" gegen die Frei-

mengefundnen haben, gerade deshalb mag es gestattet sein, der Wahrheit gemäß die Gefammtbilanz des Abends doch als eine nicht vollständig befriedigende zu bezeichnen. Es hilft alles nichts: die lebenden Bilder tragen nun einmal den Stempel derjenigen Eigenschaft, die als der Todfeind jeglicher Kunstsleistung betrachtet wird, mit dem Stempel der Langeweile. Um sich dreimal je 30 bis 40 Sekunden einen schönen, wohlgefälligen Anblick zu gönnen, muß man sich über Pausen hinausgezähnen, die sich ins Unendliche zu dehnen scheinen. In einem kleinen, gemütlichen Kreise, wo man seinen Platz wechselt und nach Gefallen dieser oder jener anregende heitere Gesellschaft auffinden kann, um die langen Zwischenpausen zu verbringen, wo erfrischende Getränke zur Auftrittstellung der eingeschafferten Geister heringereicht werden, da mag es ja allenfalls noch geben; aber da macht sich dann wieder der andere Nebelstand geltend, daß die Bilder in ungenügender und mangelhafter Weise zur Ausführung gelangen, denn die erforderlichen Mittel zu einer solchen schönen und zweckentsprechenden Ausführung bietet eben doch nur das Theater mit seinem festlichen Raum, mit der Fähigkeit, die Beleuchtung nach den Bedürfnissen der

finnigen, wenn man sich erinnert, daß die Nationalliberalen in der Monopol-Commission die Petitionen genau ebenso behandelt wissen wollten, wie die Freisinnigen. Auch sie stimmten gegen den conservativen Antrag. Die "Nationallib. Correspondenz" scheint das ganz vergessen zu haben oder sie glaubt vielleicht, daß ihre Leser es vergessen haben.

Das Zisterneugesetz.

Die dritte Berathung der Zisterneugesetz wird den Reichstag am Sonnabend beschäftigen. Es erscheint, wie uns unser Berliner Correspondent schreibt, nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz schließlich doch noch unter Beibehaltung der bisher bestehenden Rübensteuersätze und unter erheblicher Heraabsetzung der Exportvergütung zu Stande kommt. Fraglich bleibt nur, ob die Majorität einem solchen Gesetze als einem dauernden ihre Zustimmung geben oder die Geltung desselben von vornherein auf bestimmte Zeit beschränken wird.

Eine auffällige Nachricht.

Der Reichskanzler hat von Rechtsgelehrten Gutachten erbeten darüber, wie ohne Zustimmung des Reichstags das geltende, bekanntlich auf direkter, geheimer und gleicher Wahl beruhende Reichswahlrecht bestätigt werden können.

Die Verantwortung für diese Ankündigung eines bevorstehenden Staatsstreichs möge zunächst dem genannten Blatte überlassen bleiben. In letzter Zeit sind freilich bereits wiederholte dunkle Gerüchte von derartigen Plänen aufgetaucht.

Das österreichische Abgeordnetenhaus

beendete gestern die Generaldebatte über das Budget. Der Finanzminister hatte in sehr beifällig aufgenommener Rede die Wünsche und die Einwendungen der Oppositionspartei gegen den Vorschlag erörtert und schließlich im Namen der gesammten Regierung die Erklärung abgegeben, daß dieselbe nach gründlicher Erwägung der Grundlagen für die Stellung des Ministeriums, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die man demselben bereite, mit gleicher Ausdauer wie bisher die Geschäfte fortzuführen wolle. Selbst wenn die Regierung zurücktreten wollte, könnte doch nicht die Minorität ans Ruder gelangen.

Bon der Balkanhalbinsel

wird von neuen russischen Agitationen gegen den Fürsten von Bulgarien berichtet und in Petersburg werden tatsächlich jüngst alle Vorläufe registriert, welche auf eine russenfreundliche Stimmung unter den Bulgaren zu deuten scheinen. So meldet eine Correspondenz des "Regierungszentralen" aus Varna vom 20. Februar (4. März): „Anlässlich des Jahresfestes des Friedens von St. Stefano celebrierte der Metropolit Simeon das Te Deum und führte in den Gebeten den Namen des Kaisers von Russland vor dem des Fürsten von Bulgarien an — was die Anhänger sympathisch berührte. Abends zog eine zahlreiche Menge vor das russische Viceconsulat. Eine Deputation von Stadträten, Beamten und Kaufleuten sprach dem Viceconsul die unveränderte Dankbarkeit und Ergebenheit der Bevölkerung für den Kaiser von Russland und die feste Hoffnung auf den weiteren Schutz Russlands aus.“

Inzwischen ist der König von Serbien aus Russland nach Belgrad zurückgekehrt. Anlässlich dieser Rückkehr war die Stadt am Montag Abend illuminiert. Aus den Kreisen der Bürgerlichkeit wurde dem Könige ein Fackelzug dargebracht, wobei der Gemeindeälteste eine Ansrede hielt. Die Erwidern des Königs wurde von allen Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen. Die Serben haben allerdings auch einen Grund, froh zu sein, daß sie wieder Frieden haben.

Eine neue Reibung in Ägypten.

Der frühere Khedive Ismail Pascha, und mehrere Mitglieder der Familie des Khedive haben vor einiger Zeit einen Prozeß bei den einheimischen Gerichten wegen Zahlung eines Betrages von über 5 Millionen Pf. Sterl. angestrengt. Einem Telegramm aus Kairo zufolge haben nun die Generalconsuln dem Minister, nachdem sie die Forderungen aus eigener Initiative geprüft hatten, erklärt, daß hier eine Verlegung des Liquidationsgesetzes in Frage komme, indem die einheimischen Gerichte nicht genügende Garantie böten für eine unparteiische Rechtsprechung. Die Consuln beschlossen, persönlich bei Huber Pascha identische Schritte zu thun und die Vertagung des Prozesses zu verlangen, bis sie von ihren Regierungen Instructionen erhalten

mengenfunden haben, gerade deshalb mag es gestattet sein, der Wahrheit gemäß die Gefammtbilanz des Abends doch als eine nicht vollständig befriedigende zu bezeichnen. Es hilft alles nichts: die lebenden Bilder tragen nun einmal den Stempel derjenigen Eigenschaft, die als der Todfeind jeglicher Kunstsleistung betrachtet wird, mit dem Stempel der Langeweile. Um sich dreimal je 30 bis 40 Sekunden einen schönen, wohlgefälligen Anblick zu gönnen, muß man sich über Pausen hinausgezähnen, die sich ins Unendliche zu dehnen scheinen. In einem kleinen, gemütlichen Kreise, wo man seinen Platz wechselt und nach Gefallen dieser oder jener anregende heitere Gesellschaft auffinden kann, um die langen Zwischenpausen zu verbringen, wo erfrischende Getränke zur Auftrittstellung der eingeschafferten Geister heringereicht werden, da mag es ja allenfalls noch geben; aber da macht sich dann wieder der andere Nebelstand geltend, daß die Bilder in ungenügender und mangelhafter Weise zur Ausführung gelangen, denn die erforderlichen Mittel zu einer solchen schönen und zweckentsprechenden Ausführung bietet eben doch nur das Theater mit seinem festlichen Raum, mit der Fähigkeit, die Beleuchtung nach den Bedürfnissen der

hatten bezüglich Verweisung der Forderungen an den internationalen Gerichtshof. Man glaubt, die Mächte werden dem Khedive raten, die Verweisung durch ein Decret anzurufen.

Die afghanische Grenzcommission.

Die gemeinschaftliche russisch-englische Commission zur Feststellung der russisch-afghanischen Grenze geht unverzüglich mit der Grenzabstechung auf der Section von Merukschak nach dem Oxus vor. Die Beziehungen zwischen den englischen und russischen Kommissären sind außer freundlicher und herzlicher Natur; aber ungeachtet des Wohlwollens auf beiden Seiten werden Hindernisse erwartet. Die Grenze soll auf den im englisch-russischen Einvernehmen vom Jahre 1873 angebotenen Linien gezogen werden. Aber die Beschreibung der angenommenen Grenze, die in den damals ausgebasteten Mitteilungen gegeben wurde, war so vag, daß sie Punkte von der größten Bedeutung, soweit es thätsächliche Besetzung und die Rechte der Unterthanen des Barons resp. des Emirs anbelangt, dem Streite offen läßt.

Inzwischen werden die russischen Intrigen an der persischen Grenze fortgesetzt thätig betrieben, und es ist leicht zu sehen, daß die Provinz Khorassan binnen kurzem dem Wesen nach ein Theil des Barenreiches sein wird.

Reichstag.

72. Sitzung vom 23. März. Zur dritten Berathung steht der Gesetz-Einführung, betr. die Heranziehung der Militär-Personen zu den Gemeindeabgaben.

Abg. Bamberg (frei): Ich habe namens meiner politischen Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir die kommunale Besteuerung der Angehörigen der Armee entsprechend der Einheitlichkeit dieser Institution nur im Wege einer einheitlichen Reichsgelehrung glauben regeln zu können. Die gegenwärtige Veranlassung ist um so weniger ein Grund, von dieser einheitlichen Regelung abzuweichen, als die von der Mehrheit in der zweiten Leitung angenommene Fassung dieses Gesetzes nicht bloß diese einheitliche Regelung preisgibt, sondern sie sogar in das ungewisse und von der Mitwirkung des Reiches unabhängige Weise widerumseitliche Belieben jeder einzelnen Gelehrung stellt. Aus diesem Grunde werden wir die Vorlage in dritter Lesung ablehnen.

Es wird darauf gegen die Stimmen der deutschfreisinnigen Partei angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzeswurfs, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung, speziell betr. die Verleihung der Rechte juristischer Personen an die Innungsverbände.

Abg. Schröder (frei): Ich habe gegen die Vorlage namentlich deshalb kein Bedenken, weil sie den Innungsverbänden die Corporationsrechte nicht anstrengt, sondern den Bundesrat ermächtigt, diese Rechte da, wo er es für zweckmäßig hält und wo es von den Beteiligten beantragt wird, zu verleihen. So ist es durchaus Sache der Innungsverbände selber, ob sie juristische Personen werden und sich damit auch gleichzeitig der sehr weitgehenden behördlichen Aufsicht, welche der Entwurf ihnen für diesen Fall auflegt, unterwerfen wollen oder nicht. Daß den Innungsverbänden, wenn sie juristische Personen geworden sind, gleichzeitig, wie man dies ins Auge gefaßt hat, bei der Reichsbank eröffnet werden können, glaube ich nicht. Die Reichsbank ist nur in der Lage, ganz solide Anlagen zu machen, und das Innungsverbandsvermögen wird meist nicht so erheblich sein, daß daraufhin den Verbänden große Kapitalien gelesen werden könnten. Von der Regierung vermissen ich sehr eine Erklärung über ihre heutige Stellung zu den Bestrebungen, die auf gewissen Seiten beständig der Weiterentwicklung des Innungswesens vorbanden sind und namentlich die Einführung von Zwangsimmunitionen betreffen, deren entschiedener Gegner ich auch jetzt noch bin. Ich beantrage, die zweite Leitung im Plenum stattfinden zu lassen.

Abg. Meyer-Jena (nat.-lib.): Ich halte die Vorlage zwar nicht für eine bedeutende und besonders nützliche, wohl aber für durchaus zweck- und sachgemäß. Sie stellt sich durchaus auf den Boden der freien genossenschaftlichen Vereinigung und enthält kein Moment, das zu Zwangsimmunitionen führen könnte. Ich bin durchaus ein Gegner der Zwangsimmunitionen; ebenso auch eines Reichsimmunitäts: eine solche burokratische Institution,

gebieten. Die Commission hat den Umfang des Entwurfs, der in der Regierungsvorlage nur einen Paragraphen hatte, dadurch erheblich erweitert, daß sie darin die Rechtsverhältnisse der deutschen Schubgebiete überhaupt geregelt.

S 1 der Commissionsbeschluß lautet: „Die Schutzwaltung in den deutschen Schubgebieten übt der Kaiser im Namen des Reiches aus.“

Die Abg. v. Buol und v. Strombeck (Centrum) wollen neben dem Kaiser noch dem Bundesrat eine der Reichsverfassung entsprechende Mitwirkung an der Ausübung jener Schutzwaltung, und Abg. Kaiser sie auch noch dem Reichstag genehmigen.

Ref. Meyer (Jena (nat.-lib.)): Das Amendingen Buol hat auch der Commission bereits vorgelegen und ist von ihr abgelehnt worden. Sofern es der Commission lag, irgend in die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrats einzutreten, meine sie doch, daß bei den wenig entwickelten Verhältnissen in unseren Colonien eine möglichst einheitliche Directive bei der Ausübung der Hoheitsrechte nötig sei, und hat deshalb diese Ausübung in die Hand des Kaisers allein gelegt.

Abg. v. Buol (Centr.): Ich kann bei aller Bedeutung des Gebiets der Rechtsvorsorge nicht die Notwendigkeit einsehen, warum gerade auf diesem die Zustimmung des Reichstags und Bundesrates erforderlich sein soll, auf allen anderen wichtigen Gebieten des Staatslebens aber, Finanzen, Verwaltung, Cultus, keine Mitwirkung des Reichstags, nicht einmal die vom Bundesrat für sich hinsichtlich der Rechtsvorsorge in Anspruch genommene gewährt werden soll. Es lag uns daran, dem föderativen Charakter des Reichs und seiner Verfassung hier Ausdruck zu geben und ihn an dieser Stelle aufrecht zu erhalten.

Abg. Hänkel (frei.): Verfassungsmäßig ist nur Regelung der Rechtsverhältnisse in den Colonien eine Mitwirkung sämmtlicher gesetzgebenden Faktoren erforderlich; aber darüber, wie nun diese Regelung zu erfolgen habe, giebt uns die Verfassung keinen Anhalt. Wir haben durchaus freie Hand. Wir haben uns nun in der Commission entschlossen, die Hoheitsrechte namens des Reiches dem Kaiser zu übertragen; und damit geschieht keineswegs irgend einem verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrats Abbuch. Wenn schon für Elsaß-Lothringen eine Concentration der Staatsgewalt beim Kaiser nötig erscheinen mußte, so ist dies bei den Colonien doppelt und dreifach der Fall. Mich persönlich bestimmt dazu, den Commissionsbeschluß anzunehmen, noch besonders das Verhältnis, in welchem der Bundesrat zum Reichstag steht. Insomate wir dem Bundesrat eine Mitwirkung an der Regierung in den Colonien geben, soweit constituiren wir einen uns verantwortlichen Factor. Anders, wenn wir diese Gewalt dem Kaiser übertragen. Es tritt dann die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter ein. Auch in den englischen Colonien sind die Rechtsverhältnisse ähnlich geregelt, wie wir es hier vorstellen.

Abg. Windthorst: Ich kann für die Vorlage, wie sie aus der Commission hervorgegangen ist, nicht stimmen, und bitte alle, welche den föderativen Charakter des Reichs aufrecht erhalten wollen, für den Antrag Buol zu stimmen. Das Reich ist eine Vereinigung der Fürsten und freien Städte, ihr Präsident der König von Preußen, der den Titel deutscher Kaiser führt. Sie wollen nun hier dem Präsidenten des Bundes Befugnisse einräumen, welche ihm nicht zustehen. Der Hinweis auf Elsaß-Lothringen ist nicht zutreffend. Dort sind die Einwirkungen des Bundesrates und des Reichstages in verschiedenen Spezialgelehrten ganz genau gesichert. Hier ist aber gar nichts gesichert, sondern die Commission überläßt einfach der kaiserlichen Gewalt das Finanzrecht, die Polizeigewalt, den Cultus u. s. w. ohne weitere Kontrolle. Wir constituiren damit eine absolute Gewalt, der ich auf keinen Fall stimmen kann. (Beifall im Centrum.)

Abg. Marquardsen (nat.-lib.): Meine Partei wird für die Vorlage der Commission stimmen, da das Vertrauen hat, die Vorlage der Regierung erst mit einem eigentlichen Inhalt erfüllt zu haben. Dr. Windthorst hat sich zum befehlenden Vorsprecher des Bundesrats gemacht. Ich denke, der hohe Zweck, der wohl selber Mannes genug sein, um zu wissen, mit welchen Vorstellungen er sich einverstanden erklärt oder nicht.

Abg. v. Grävenys (Reichsp.): Ich tritt ebenfalls für den Antrag der Commission ein.

Abg. v. Strombeck (Centr.): In der Verfassung steht allerdings nicht, wie die Regierung der kolonialen Verhältnisse erfolgen soll, aber im Sinne der Verfassung liegt es, daß hier eine dauernde Mitwirkung des Bundesrates und des Reichstags erfolgt. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wird durch den Antrag Buol nicht berührt. Sie bleibt dieselbe, mag man den Bundesrat mitwirken lassen oder nicht.

Abg. Kaiser (soc.): vertheidigt den von ihm gestellten Antrag, betreffend die Mitwirkung des Reichstages als unveräußerliches Recht der Volksvertretung. Das deutsche Volk habe jetzt schon alle aus den colonialpolitischen Bestrebungen erwachsenden Kosten aus seiner Tasche zu zahlen, ohne auch nur eine Spur von Mitrederecht zu genießen.

Abg. v. Köller (cons.): findet, daß der Abg. Kaiser die Vorlage nicht mit dem nötigen Ernst beurtheilt hat. Ob die Colonialpolitik mit den Arbeitern von Vortheil sein wird oder nicht, darüber will ich kein Prognosticon stellen. Ich glaube allerdings, daß dies der Fall sein wird, inssofern als die Colonialpolitik unseres Export beben wird.

Abg. v. Buol erklärt, dem Amendingen des Abg. Kaiser nicht zustimmen zu können, weil der Reichstag nicht das Jahr hindurch befehligen ist.

S 1 wird unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge nach dem Vorschlag der Commission angenommen. Die §§ 2, 3 und 4 werden ohne Debatte dem Antrage der Commission entsprechend angenommen.

Abg. v. Buol schlägt folgenden § 5 vor: „Der S 1 tritt 10 Jahre nach Bekanntmachung dieses Gesetzes außer Kraft.“

Abg. Windthorst hebt hervor, daß das Gesetz eine Art kaiserlicher Diktatur schaffen will, die sich mit dem föderativen Prinzip, das sonst in der Verfassung zum Ausdruck kommt, nicht vereinbaren läßt. Da in den Motiven sowohl, als auch in den Beratungen der Commission stets betont ist, daß das Gesetz nur einen provisorischen Charakter tragen soll, so empfiehlt es sich, dem Antrag v. Buol entsprechend einen Endtermin in das Gesetz selbst hineinzuschreiben.

S 5 wird gegen die Stimmen des Centrums und der Socialdemokraten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 23. März. Dem Kaiser sind die Freiheiten des gestrigen Geburtstages und die naturgemäß damit verbundenen außergewöhnlichen Anstrengungen recht gut bekommen. Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der Kaiser den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Verpothner entgegen, arbeitete mit dem Chef des Militärcabinets, Generalleutnant v. Albedyll, und empfing später mehrere Besuche.

Berlin, 23. März. Die Frau Kronprinzessin leidet an einem Erkältungszustand, wodurch die erlaute Frau augenblicklich genötigt ist, das Zimmer zu hüten. In dem Besinden des Prinzen Heinrich ist dem Vernehmen nach bereits eine wesentliche Besserung eingetreten und konnte derselbe sich bereits gestern an der Gratulations-Cour bei dem Kaiser beteiligen. Auch die Frau Prinzessin Wilhelm ist, wie man erfährt, augenblicklich durch eine Erkältung an das Zimmer gefesselt.

* [Die Ausführung des Fortbildungsschulgesetzes.] Der soeben erschienene Bericht der Abgeordnetenhaus-Commission über die Vorlage betr. die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen enthält einige interessante Mitteilungen über die von dem Handelsminister in Aussicht genommene Ausführung des Gesetzes. Der Regierungskommissar erklärte nachstehend:

Unter Fortbildungsschulen versteht der Gesetzentwurf gewerbliche Fortbildungsschulen. Bisher seien die

selben zum größten Theile von den Gemeinden errichtet worden und trügen diese den größten Theil der Unterhaltungskosten. Für die jetzt zu errichtenden Schulen würden die Gemeinden in der Regel nur das Schullokal hergeben und der Staat alle übrigen Kosten tragen müssen. Der Unterricht in den Schulen werde sich auf Deutsch, Rechnen und Zeichnen, wo und soweit dies letztere nach Lage der lokalen Verhältnisse in den Lehrplan aufgenommen werden könne, beschränken. Auch bei dem Unterricht im Deutschen und im Rechnen werde thunlichst darauf Rücksicht genommen werden, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen bestimmt seien, die sie befindenden jungen Leute für den Gewerbestand tüchtiger zu machen. Für den Religionsunterricht sei die Fortbildungsschule überhaupt nicht der Ort. Ebenso wenig könne dies das Polnische Unterrichtsstudium sein, da dieses dem Zweck der Schulen, die Ausbreitung des Polenthums auf Kosten der Deutschen zu hemmen, widerstreite würde. Zur Erwideration auf Äußerungen in der Commission constatirte der Regierungskommissar weiterhin, daß der Unterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen nicht eine bloße Fortsetzung des elementaren Schulunterrichts der Volksschule sein solle; der Erlass des Cultusministers vom 14. Januar 1884 sei nach wie vor für die Gestaltung des Unterrichtsplans und die Methode des Unterrichts in diesen Anfalten maßgebend. Es sei nicht zu beweisen, daß ein Bedürfnis nach Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen vorhanden und die Befriedigung desselben bisher nur daran geschieden sei, daß die Gemeinden das Lokal, dessen Heizung und Beleuchtung hergeben und die Hälfte der übrigen Kosten hätten tragen sollen.

Fest, wo der Staat die Kosten, von der Vergabe des Lokals und von der Fortsetzung der städtischen Beiträge in den wenigen Städten, in welchen Fortbildungsschulen schon vorhanden seien, abgeben, übernehmen werde, hätten bereits 23 Städte des Regierungsbezirks Marienwerder, in welchen Fortbildungsschulen errichtet werden sollen. Auf eine Anregung aus der Commission, ob es nicht zweckmäßig erscheine, auch die ländlichen Fortbildungsschulen in dem Rahmen des Gesetzes aufzunehmen, bezeichnete der Regierungskommissar, nach der bestehenden Organisation seien auch die ländlichen Fortbildungsschulen dem Ministerium für Handel und Gewerbe unterstellt. Dasselbe werde nicht unterslassen, auch diese Schulen thunlichst zu vermehren und zu entwickeln. Dies werde demnächst auch in den Provinzen Westpreußen und Posen geschehen müssen, zur Zeit aber seien die erforderlichen Mittel nicht vorhanden.

Das Gesetz selbst lautet nach der Commissionsfassung folgendermaßen:

S 1. Zur Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen ist der Minister für Handel und Gewerbe den Gemeinden laufende Buschüsse aus Staatsmitteln zu gewähren, geeignetenfalls auch solche Schulen aus Staatsmitteln zu errichten und zu unterhalten ermächtigt.

S 2. An denjenigen Orten jener Provinzen, in welchen die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen nicht durch Ortsstatut begründet wird, kann von dem Minister für Handel und Gewerbe den Arbeitern unter 18 Jahren (§ 120 der Gewerbeordnung) die Verpflichtung auferlegt werden. Jedoch darf an den Sonntagen während der Stunden des Hauptgottesdienstes Unterricht nicht ertheilt werden.

* [Zur Braunitweinsteuerfrage.] Selbst die Schles. Btg. scheint wenig Vertrauen auf das Zustandekommen der Braunitweinverzehrsteuer zu haben, da sie unter Variation des Sazess bestimmt ist, daß vorbereitende Maßregel für eine fünftige Braunitweinsteuerreform eine Contingentierung der Braunitweinverzehr verlangt, namentlich mit Rücksicht auf den Fall, daß die heutige Maisbraumsteuer beibehalten und unter allgemeiner Statuirung wirklicher Exportprämien weiter ausgeschafft werden sollte.

München, 21. März. Der praktische Arzt Dr. Weiß (Socialdemokrat), dessen plötzliches Verschwinden Aufsehen erregte, hat, nach dem „Recht auf Arbeit“, nach Südafrika sich begeben, um dort ein sehr günstiges Engagement anzunehmen.

* [Ein conservatives Urteil.] Im Hinblick auf das neue Vorgehen des Finanzministers in Sachen der Braunitweinsteuer schreiben die conservativen „Dresdner Nachrichten“: „Seltsam ist es bloß, daß Herr v. Scholz, der Finanzminister, nach dem Scheitern seines Monopolplanes frischweg, als sei nichts passirt, daran geht, ein neues Braunitweinsteuergesetz vorzulegen. Das geschieht am Schlüsse einer fünfmonatlichen Reichstagsession; trotz ihrer Erniedrigung sollen die Abgeordneten noch darangehen. Vorher muß noch formell das Begünstigt der Monopolpolitie stattfinden. Herr v. Scholz thut so, als halte er die reiche Monopolbraut, die er dem Reichskanzler zuzuführen hoffte, nur für scheintodt, die ein baldiges Erwachen aus ihrer Starre erwarten dürfe. Darin dürfte er sich doch wohl täuschen. Zu einer überfürstlichen Erledigung der Besteuerung des Braunitweins aber liegen die Verhältnisse nicht günstig. Der Reichstag ist übermüdet; schon seit Wochen ist ein beschlußfähiges Haus kaum noch unter äußerster Anstrengung zu Stande zu bringen. Die Andeutungen, auf welchen Grundzügen das neue Braunitweinsteuergesetz sich aufzubauen soll, lassen lange und sehr erbitterte parlamentarische Kämpfe erwarten.“

* [Allzuviel verurtheilt.] In der Nacht vom 29. zum 30. April 1885 fand in Springhausen bei Plettenberg eine Kauferei statt, bei der ein Arbeiter, Hommel, ziemlich schwer verletzt wurde. Die Strafammer zu Hagen verurtheilte am 11. Juli 1885 den Arbeiter H. Ottmingshaus als den Hauptschuldigen und Mefeser zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte hatte vergeblich seine Unschuld beteuert. Der alte Vater desselben nahm sich, da er eine unschuldige Verurtheilung überhaupt nicht für möglich hielt, die Verurtheilung seines Sohnes so sehr zu Herzen, daß er erkrankte und starb. Mit Rücksicht hierauf war Ottmingshaus gegen Stellung von tausend Mark Caution vorläufig aus dem Gefängnis entlassen worden. Diese Frist benützte der Vertheidiger zu neuen Recherchen, auf welche geführt er das Wiederaufnahmeverfahren beantragte. Hierbei beantragte die Staatsanwaltschaft Freisprechung, weil die Unschuld des Angeklagten sich klar herausstellte und der wirkliche Thäter ziemlich bestimmt bezeichnet wurde.

P. [Ausweitung.] Dem „Ozten Poznan“ schreibt man aus Berlin, daß dort Herr Arnold Julian Rosenblum, der Sohn eines bekannten Bankiers aus Warschau, der Student des Berliner Polytechnikums ist, eine Ausweitungserörterung mit einwöchentlicher Frist erhalten hat. Herr Rosenblum ist belgischer Unterthan und wandte sich deshalb an die belgische Gesellschaft, welche auch versprochen hat, die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. Nach zwei Tagen wurde ihm jedoch eröffnet, daß er Preußen verlassen muß, da die Sache in einer Woche noch keine Erledigung finden wird. Herr R. begab sich in Folge dessen nach Warschau, wohin ihm die Entscheidung der preußischen Regierung nachgeschickt werden soll.

Dresden, 23. März. Die zweite Kammer ermächtigte die Regierung zur Concessionserteilung für die Privatbahnen Büttau-Dubin-Chemnitz-Thalbach und Adorf-Rosbach, ferner ermächtigte die

Kammer die Regierung zum Bau und zur Betriebsübernahme der Secundurbahnen Göttingen-Hirschberg a. S. und Göttingen-Lobenstein im reußischen Überland. (B. D.)

Frankfurt a. M., 23. März. Sämtliche anlässlich der Friedhofsauffäße Berührtheile haben die Revision angemeldet.

Karlsruhe, 23. März. Die gestern Nachmittags aufstrebenden Athembeschwerden im Befinden des Erbgroßherzogs steigerten sich bis Abends unter Wiederauftreten des pleuritischen Schmerzes, doch war die Nacht gut. Die Athembeschwerden sind bis Morgens nicht mehr aufgetreten, doch sind die örtlichen Veränderungen noch in starker Höhe. Das Fieber ist etwas gesunken; die Gelentaffection ist gering. (W. D.)

Darmstadt, 22. März. Die ultramontanen Abgeordneten in der hessischen Kammer haben einen Antrag auf Änderung der hessischen Kirchengesetze eingereicht, der folgendermaßen lautet:

„Die Kammer wolle an die Regierung das Erfuchen um eine Gesetzesvorlage richten, wodurch die in Preußen eingeführten Kirchenpolitischen Erleichterungen für die katholische Kirche auch in Hessen zur Einführung zu gelangen haben.“

Gefordert werden zahlreiche Änderungen der Gesetze über den Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt und über die Anstellung und Vorbildung der Geistlichen. Eine eingehende Motivierung bezeichnet es als die Pflicht Hessens, wie es mit der Einführung der Kirchengesetze Preußen gefolgt sei, so auch mit der Aufhebung und Wiederherstellung Preußen zu folgen, dessen lezte Novelle zwar nicht durchaus den vollen Frieden, aber doch ein Verhältnis schaffe, auf Grund dessen die Herstellung des Friedens sich erhoffen lasse.

München, 23. März. Die Gemahlin des Prinzen Ludwig von Bayern ist gestern Abend von einer Brustentzündung entbunden worden. Die Minister v. Luk, v. Fäusle und v. Traitschek wurden zur Beurkundung des Geburtstages von dem Festmahl zu Ehren des Geburtstags des Kaisers Wilhelm, dem sie bewohnten, nach dem Palais des Prinzen abberufen. Am Schlusse des Festmahl wurde von dem preußischen Gesandten ein Toast auf den jüngsten Sprößling des Wittelsbacher Hauses ausgebracht. (W. D.)

München, 23. März. Kammer der Abgeordneten. Die Landtagssession wird bis zum 30. April verlängert. Für der Neubau eines Bahnhofs in Regensburg hatte die Kammer dem Reichsrath 2 050 000 Mark bewilligt. Der Ausschuss beantragte, diese Position abzulehnen, dagegen die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtag einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Abgeordneten Bonn, Rüttler und Stauffenberg, sowie der Minister empfahlen sofortige Bewilligung. Daller erklärte sich gegen die Forderung, welche mit 80 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde. (W. D.)

München, 22. März. Von sonst gut unterrichteter Seite verlautet, daß der funktionirende Hofsekretär des Königs, Rath Klug, von seiner Stelle zurücktreten werde. An dessen Stelle soll der Stabskassier am Oberst-Stallmeisterstabe v. Sigritz berufen werden. Hr. v. Sigritz ist vorgestern an das Hoflager nach Hohenstaufen abgereist.

* Österreich-Ungarn.

Wien, 23. März. Der Verkehr auf der Karls-Ludwigsbahn ist durch Schneeverwehungen unterbrochen. (W. D.)

Wien, 22. März. Mit Bezug auf die bevorstehende Reise des Erzherzogs Albrecht nach Bosnien und der Herzegowina wird nach der „Kreuz“ von unterrichteter Seite berichtet, daß derselbe keinerlei politischer Charakter besitzt und es sich lediglich um eine militärische Inspektionstruppe beabsichtigt der bosnisch-herzegowinischen Garnisonen handle. Politische Schläfe könnten aus dieser Reise nur in sofern gezogen werden, als sie den Beweis liefert, daß man auf eine fernere ruhige Gestaltung der orientalischen Verhältnisse rechte, da andernfalls eine solche Reise eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses schwarz in Aussicht genommen worden wäre.

* Frankreich.

Paris, 23. März. Die Rechte der Deputirtenkammer hat beschlossen, für die Budget-Commission keine Candidaten aufzustellen, sie wird vielmehr am Donnerstag eine öffentliche Erklärung an die Steuerzahler erlassen. (W. D.)

* England.

a. c. London, 22. März. Der Notstand unter den Arbeitern dauert immer noch fort und ist bis jetzt noch keine Aussicht auf eine Besserung der Geschäfte vorhanden, durch die allein dem Elend ein Ende gemacht werden könnte. Dabei herrscht unter den Arbeitslosen große Unzufriedenheit über die Weise, in welcher der Mansion-House-Fonds vertheilt wird. Behufs Erörterung dieser Verhältnisse wurde am Sonnabend auf Clerkenwell-green ein Meeting abgehalten, bei welchem Mr. Kenny, der Vertreter der Gewerbevereine, die schlechte Verwendung des Mansion-House-Fonds dem Umstände zuschrieb, daß in dem Verwaltungsausschuß die Geistlichen das vorwiegende Element bilden, welche in ihrer Unerschrockenheit die Gelder statt dem brodlosen Handwerker der königlichen Armuth zutwenden und beschäftigungslose Arbeiter zwingen zu Löhnen zu arbeiten, die sich 50 Proc. unter den laufenden Lohnfächern bewegen. Die sofortige Finanzzugangsmaßnahmen wurde als alleiniges Mittel zur Linderung der Not unter den Arbeitslosen bezeichnet und es gelangte eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution zur Annahme.

Im Osten von London wurden vor Kurzem zwei der größten Zuckerfabriken geschlossen, weil dieselben nicht länger mit dem von Amerika und Russland massenhaft importirten billigen raffinierten Zucker concurrenzen können. Es sind dadurch 1600 Arbeiter mit einem Schlag beschäftigungslos geworden. Auf einem am Sonnabend Abend in Whitechapel abgehaltenen Meeting von beschäftigungslosen Zuckerfabrikern wurde beschlossen, demnächst eine Kundgebung gegen das ausländische Zuckerpriemensystem abzuhalten.

* Russland.

Petersburg, 23. März. Bei dem gestrigen zur Feier des Geburtstags Kaiser Wilhelms in Gatschina stattgehabten Diner trug der Kaiser die Uniform des preußischen Alexander-Grenadier-Regiments mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens. Die Großfürsten, soweit sie der preußischen Armee angehören, trugen die Uniformen ihrer betreffenden Regimenter. Der Kaiser trank auf das Wohl Kaiser Wilhelms, wobei die Hofkapelle die preußische Nationalhymne intonirte, welche alle Anwesenden siegend anhörten.

Riga, 23. März. Der Geburtstag des Kaisers Wilhelm wurde gestern von der deutschen Colonei durch ein solennes Souper gefeiert.

* Amerika.

Newyork, 20. März. Der große Strike auf den Gould'schen südwestlichen Bahnlinien dauert fort.

Die Beamten der Missouri-Pacific-

lehrer Barth von der letzteren an die Kadetten-Anstalt in Kulin verlegt.

[Westpreuss. Landschaft.] Der heutige "Staatsanzeiger" publicirt eine vom 6. Februar datirte allerschärfste Verordnung, durch welche dem im Folge der Beschlüsse des in November v. J. verfaßten und genehmigten 21. General-Landtages der westpreuss. Landschaft aufgestellten 7. Nachfrage zu dem Reglemente der landwirtschaftlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft für Westpreussen die staatliche Genehmigung ertheilt wird.

* [Duellsachen.] Nicht nur die Mitwirkung bei einem Ehrengericht, welches die Statthaftigkeit eines Zweikampfes überhaupt zu entscheiden hat und entscheidet, sondern auch die Mitwirkung bei einem Ehrengericht, welches nur über die Beschaffenheit der Kampfwaffen bei einem beschloßnen Duell entscheidet, kann nach einem Urteil des Ehrengerichts vom 18. Januar d. J. als Beihilfe zum Zweikampf bestraft werden.

* [Arbeiterbeförderung.] Auf den preußischen Staats-Eisenbahnen werden größere Arbeiter-Colonien von wenigstens 30 Personen in der 4. Wagenklasse in einem ermäßigten Preise (Militärfahrt 1½ pro Kilometer) befördert, sofern für die Gemährung dieser Ermäßigung ein öffentliches Interesse vorliegt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nun entschieden, daß ein öffentliches Interesse auch dann als vorhanden zu betrachten ist, wenn es sich um den Transport grüßer Arbeiter-Colonien handelt, die an einem anderen Orte oder in einer anderen Gegend auf längere Dauer Arbeit zu nehmen beabsichtigen.

* [Fortsbildungsschulwesen.] In der kürzlich stattgehabten Sitzung des Curatoriums für die hiesigen gewerblichen Schulen ist beschlossen worden, die Fachschule des Bernsteindreßler-Gewerbes in den Verbund der gewerblichen Schulen aufzunehmen. Demnächst wurde noch der Wunsch ausgedrückt, daß die Zeichenschule des Gewerbevereins und der Maler-Innung mit der Fachschule der Innung vereinigt wird und aus der Verwaltung des Gewerbevereins ausscheidet. Dieser Übergang wurde durch den Vertreter der Innung befürwortet.

* [Selbstmord.] Gestern früh erhängte sich in ihrer Wohnung in der Kl. Wallstraße am Fensterhafen mittels eines Handtuchs die verwitterte Arbeiterfrau Mod aus unbekannten Motiven.

(Polizeibericht vom 24. März.) Verhaftet: 1 Tischler, 1 Brauer wegen Diebstahl, 34 Dbdachse, 7 Bettler 2 Betrunkenen, 4 Dirnen. Im Laufe der vorigen Woche wurden von den hiesigen Polizei-Councillorbeamten u. A. zu Haft gebracht: 32 Bettler, 31 Mägde. — Gestohlen: Eine silberne Cylinderbüchse mit Goldrand, 4 Schirren, 4 Servietten und 1 Lage Wolle; 1 Postillon-Mantel, 1 weißer Schafspulz. — Gefunden: 1 Brosche. Abuholen von der Polizeidirection hier.

* [Boppot, 24. März.] Wie an so vielen Orten, so soll auch hier demnächst ein Kindergarten nach dem System Fröbel eingerichtet werden. Das Project findet hier allgemeinen Anklang.

ph. Dircksen, 24. März. Herr Amtsrichter Goers vom hiesigen Amtsgericht ist zum 1. April d. J. in gleicher Eigenschaft an das Amtsgericht zu Lippstadt in Westfalen versetzt worden.

* Marienwerder, 23. März. Es ist in der "Danziger Zeitung" bereits mitgetheilt worden, daß die Eisbrechearbeiten auf der Weichsel über die Grenzen des Danziger Bezirks hinaus fortgesetzt werden sollen. Die Kosten der weiteren Arbeiten sind von dem diesseitigen Deichverband antheilig zu tragen. Sie bezeichnen sich, wie wir hören, neben Erstattung der sächsischen Ausgaben, auf 200 M. per Tag. — Das von der "Danziger Zeitung" verzeichnete Gericht von einer Theilung des Kreises Marienwerder wird hier mit unglaublichem Kopfschützen aufgenommen und zugleich versichert, daß an einer Stelle, die in diesem Falle wohl unterrichtet sein müsse, bisher von einem solchen Plan nicht das geringste bekannt sei. Es wird darauf hingemeldet, daß gerade der jenseitige Theil des Kreises Marienwerder wesentlich polnisch ist, also von ihm eine Stärkung des Deichthums im Kreise Pr. Stargard kaum erwartet werden kann. Es befinden sich die großen Güter in deutschen Händen, aber der Arbeiterrat der Besitzer ist nur schwach mit deutschen Elementen durchsetzt. — Der nunmehr als Oberbürgermeister von Polen bestätigte frühere Landrat Müller kommt am Donnerstag hierher, um sich vom Kreis zu verabschieden und an einem neu zu Ehren gegebenen Abschiedsessen teilzunehmen. — Die hiesigen Elementarlehrer haben beschlossen, an den Abgeordneten Andree, der kürzlich im Abgeordnetenhaus den Volkschulbesuchstand gegen die Angriffe Treitschke in Schuß nahm, eine Dankadresse abzufeuern. Es wird erwartet, daß sich die Lehrer an anderen Orten zu einem gleichen Vorgehen entschließen werden.

* Zu den behaupteten Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Polen meldet die "Gazetta Kurńska" in Thorn, daß allerdings diejenigen Ausländer, welche keinen Paß haben und noch nicht ein Jahr im Ausland wohnen, ausgewiesen werden. Über dienten, welche sich bereits länger in Russland ohne Paß aufhalten, soll Bericht an den Gouverneur erstattet werden beiefs "weiterer Maßnahmen". Die "Kreuzzeitung" nennt dies "nur strenge Ausführung der preußisch-russischen Convention von 1872".

* Königsberg, 23. März. Im Sommer des Jahres 1883 hat man in Riga eine sogenannte cultur-historische Ausstellung veranstaltet, die zwar ursprünglich für die gesammten deutschen Ostseeprovinzen Russlands, welche einst auch mehr als drei Jahrhunderte lang unter der Herrschaft des deutschen Ordens gestanden haben, berechnet war, dann aber äußerer Umstände wegen auf die Stadt Riga hat beschränkt werden müssen. Dennoch war die Ausstellung reich beschildert und hat einen günstigen Erfolg gehabt. Hierdurch sowie durch anderweitige Beispiele ist der Gedanke angeregt worden, auch für unser engeres Vaterland, für die Provinzen Ost- und Westpreussen, die lange das Hauptland des deutschen Ordens gewesen sind, in Königsberg eine solche cultur-historische Ausstellung¹ ins Werk zu legen.

Ein Comité, dem aus Westpreussen die Herren Dr. Anger-Graudenz, Dr. L. Prome-Thorn, Thomale-Elbing und Dr. Löffken-Elbing angehören, hat die Sache in die Hand genommen und an seinem Geschäftsführer den Professor der Geschichte Dr. Lohmeyer in Königsberg erwählt.

Wegen der nötigen, jedenfalls höchst umfangenden Vorbereitung wird die Ausstellung nicht früher als im Sommer 1887 stattfinden können. Als Ausstellungsort ist der im Königsberger Schloß befindliche Mostwirtsal vorläufig in Aussicht genommen. Die Kosten des Transports, der Ausstellung und der Verförderung werden, sofern nicht andere Wünsche geäußert werden sollten, aus den Ausstellungsmitteln gedeckt werden. Die Ausstellung soll in drei Hauptabtheilungen die heutige Zeit, die Ordenszeit und die Neuzeit bis zu den Befreiungskriegen veranschaulichen und Möbel, Geräte aller Art, Kostüme, Waffen, Schmuckgegenstände, Kunstarbeiten, Musik-Instrumente, Münzen, Medaillen, Siegel, Handschriften, Porträts, Gemälde, Skulpturen und Abbildungen &c. umfassen.

— Angeblich in Folge einer plötzlich an der Maschine eingetretenen Schadhaftigkeit lief der gestern Nachmittag aus Bonn hier anlangende, aus mehreren Güterwagen und einem Personewagen bestehende Beamtenzug in das Postgebäude des Ostbahnhofes und blieb mit der Hälfte des Tenders in dem Gebäude stecken. Vier Güterwagen des Zuges, die durch den heftigen Anprall aufeinanderstießen, wurden dadurch arg beschädigt. Die in dem Buge befindlichen Personen sind mit starken Stößen davongekommen. Der Schaden an dem Postgebäude und den Güterwagen sowie an der Maschine ist sehr erheblich. — In der Familie eines hiesigen Mechanikers sind fünf Personen, an der Trichinose erkrankt, und zwar namentlich die Hausfrau und deren Mutter schwer, die beiden Dienstmädchen leicht. Als Ursache der Erkrankung soll der Genuss von Karbonade ermittelt sein.

Memel, 23. März. Die unverehelichte Anna Lind hier selbst pflegte öfters im angeheizten Ofen ihr Essen zu kochen. Gestern im angeheizten Ofen wurde es dabei leicht ein Unfall eintreten, hatte sie am Sonntag wieder im Ofen ihr Mittag geföhrt. Dabei muß der Ofen wohl stark gedurstet haben, denn um 6 Uhr Abends fand man sie bestimmtlos auf dem Bett liegen. Leider gelang es der herbeigeeilten ärztlichen Hilfe nicht, sie zu retten, vielmehr trat heute früh der Tod ein.

Berlin, 23. März. Betreffs der diesjährigen Oper bei Kroll wird der "Tgl. Alte" gleichzeitig: Marcella Sembrich eröffneten Reigen der Gäste Toni Schläger, Carlotta Grossi, Sophie Breitkopf vom königl. Theater in Berlin, Sophie Breitkopf vom Wartburg (letztere beiden für Berlin neu erscheinenden) seien ihm fort. Theodor Reichmann, der Baritonist der Wiener Hofoper, und der Helden tenor derselben, Leo Grützinger, sowie der Helden tenor des Wiesbadener Hoftheaters, Herr Sobel, werden als Gäste auftreten. Als Kapellmeister sind wieder die Herren Göße und Jäger tätig. Zu dem Personal der Oper gehören die Damen Möllerling (erste dramatische Sängerin) von der Rotterdamer Oper, Martin aus Magdeburg und Hof aus Köln (jungste Sängerinnen), Rödiger aus Nürnberg (Coloratur-sängerin), b. Höltzel aus Würzburg und Buttichard aus Stettin (Soubretten), Baader und Müller (Altstimmen), von Stahlfeld und Sanio (zweite Partien). Lyrische Tenore sind die Herren Erl aus Bremen, Schreiber aus Düsseldorf, Elmor aus Berlin; Tenorbusch aus Frankfort aus Stettin, Theile aus Dessau; erster Bariton und zugleich Regisseur ist Herr Heine, außer ihm wirken als erster Bariton noch die Herren Brucks aus Düsseldorf und Frick aus Chemnitz; als Bassbuffo Krieg aus Rotterdam; Herr Elgers gibt zweite Basspartien. Für das Ballett sind die Solotänzerinnen Minzell (Ballemesterin) und Swoboda aus Düsseldorf, sowie die Tänzerinnen Helene und Henriette Conrad verpflichtet. Die Chorleitung hat Herr Ebienemann übernommen.

* [Ernesto Nossi] hat Berlin verlassen und sich nach Weimar begeben. Am April wird er nach Berlin zurückkehren, um im Wallner-Theater in einer ganzen Reihe von Dramen aufzutreten.

ac. [Anton Rubinstein] trifft im Mai in London ein, um dagelebt in dem Zeitraum vom 18. Mai bis 8. Juni sieben historische Klavierconcerte zu geben. Im zweiten Concert wird das Programm aus acht Beethoven'schen Sonaten bestehen, das vierte Concert wird ausschließlich Schumann's Werken und das sechste ausschließlich Chopin'schen Compositionen gemessen sein.

* Die Leitung des Wiener Hofburgtheaters wird mit Beginn des nächsten Monats wieder Adolf Wilbrandt in Berlin übernehmen.

* [Gefündnis eines Wörters.] Vor acht Jahren wurde in Berlin die Wittwe Sabashy ermordet, die Thäter sind bisher unbekannt geblieben. Jetzt meldet man der "Magd. Blg." unter dem 21. d. M. aus Wittenberg: „Vor einigen Tagen hat sich ein im Militärgefängnis zu Torgau eine Strafe abschließender Soldat, angeblich von Gewissensbissen geplagt, gestellt und die Behauptung aufgestellt, daß er vor etwa acht Jahren, im Alter von 14 Jahren, in Gemeinschaft mit noch zwei Altersgenossen, ebenfalls Berliner Kindern, die Wittwe Sabashy in Berlin ermordet und verdeckt habe. Ob an dem Gesetzesbruch des Torgauers etwas Wahres ist, wird die Untersuchung bringen. Einweihen ist hier gestellt in der Sache ein Gefreiter des 20. Regiments unter dem Verdacht der Wittwe verhaftet und nach Torgau überführt worden. Der Verhaftete, dem von seinen Vorgesetzten Lob ertheilt wird und der einer guten Familie in Berlin angehört, hat angegeben, vor der Sache nichts zu wissen.“

* In Weimar wird für die erste Jahres-Vermählung der Goethe-Gesellschaft im Hoftheater die Aufführung von Goethe's "Pandora" vorbereitet. Es ist dies der erste Versuch, dieses Bruchstück auf die Bühne zu bringen. Hof-Kapellmeister Lassen hat die Musik dazu geschrieben.

München, 22. März. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag kam es in einem hiesigen Gastrause zwischen deutschen und griechischen Akademikern und Studenten zu einem großen Kauferzelle, in dessen Verlaufe ein Bildhauer aus Schleiden Namens Laubig eine gefährliche Stichwunde erhielt. Der Greek entstand in Folge von Sticheien der Griechen, welche die Deutschen mit dem Gelange der Nationalhymne beantworteten. Als die Griechen hierauf Spottlieder sangen, wurden sie durch Pfeile u. s. w. zum Verlassen des Lokales veranlaßt. Auf die Verforderung der Griechen, ihnen auf die Straße zu folgen, begaben sich sämmtliche Studenten auf die Straße. Ein dort abgefeuerter Schuß gab das Signal zu einem erbitterten Handgemenge; mehrere Schüsse wurden verfehlt, schließlich machte die Polizei dem Scandal am Ende Unterstreichung ist eingetragen.

Welt, 19. März. Folgendes Tagesereignis ereigte

heute großes Aufsehen. Ein Bürgermädchen erwartete Abends an der Ecke der Großen Fledgasse und Hindrafstraße ihren Geliebten, um gegen ihn ein Revolverattentat zu verüben. Als ihr Geliebter kam, schoß sie auf ihn, doch traf sie ihn nicht, sondern einen vorbeigehenden fremden jungen Mann, der an der Stirn getroffen, sofort zusammen sank. Die Attentäterin wurde hierauf verhaftet.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Vergleichende wöchentliche Sterblichkeitsstatistik einer Anzahl grösserer Städte.

Jahreswoche vom 7. bis 18. März 1886.

Städte.	Einwohnerzahl per Tausend.	Zahl der Todesfälle ohne Todgeb.	Todesfälle per Jahr auf 1000 Lebende.	Unterschiede.	Brockdurchfälle.		Flecktypus.	Epid. Genickstarre.
					Blätter.	Scharlach.		
Berlin	1318	607	148	24,0	15	5,47	5	14
Hamburg	471	265	65	29	9	11	—	—
Breslau	298	178	47	10,0	—	4	4	8
München	260	162	51	33,4	—	1	3	2
Dresden	245	128	35	16,1	—	8	1	2
Leipzig	170	64	19	19,5	—	4	2	2
Köln	160	87	24	25,1	—	3	1	2
Königsberg	150	100	34	34,4	—	4	1	3
Frankfurt a. M.	158	64	15	21,5	—	3	1	2
Hannover	138	68	7	23,1	—	1	2	—
Bremen	128	61	12	27,1	—	2	3	—
Danzig	114	65	24	23,4	—	1	2	7
Stuttgart	118	40	15	18,2	—	1	2	1
Strassburg i. E.	112	78	16	36,2	—	4	3	1
Nürnberg	114	63	23	26,6	—	1	4	2
Barmen	103	41	14	20,7	—	1	2	1
Magdeburg	114	59	13	26,8	—	5	1	2
Altom.	164	75	35	37,2	—	1	2	7
Düsseldorf	124	72	24	32,5	—	1	2	1
Erlangen	106	55	16	26,2	—	2	2	1
Stettin	99	36	9	18,8	—	1	1	2
Aachen	95	54	17	29,4	—	1	1	2
Gemünd	110	63	25	19,6	—	2	1	2
Braunschweig	85	50	16	30,5	—	1	2	—
Halma	84	26	6	10,6	—	1	—	—
Kassel	64	20	4	16,2	—	1	—	—
Karlsruhe	56	16	2	13,6	—	1	—	2
Mannheim	61	22	2	18,7	—	1	—	—
Darmstadt	51	14	2	14,2	—	2	—	—
Wiesbaden	53	6	3	24,4	—	—	—	—
London	4149	3285	435	23,7	—	87	6	80
Paris	2380	1271	29	55	15	11	51	15
Wien	769	611	84	41	5	6	17	22
Frag.	281	204	46	34,8	7	3	—	2
Odessa	191	143	37	38,8	—	—	—	—
Kopenhagen ¹	280	260	50	27,7	—	1	4	—
Basel	70	36	5	19,2	—	1	—	—
Brüssel								

Seute wurden durch die Geburt eines
Knaben erfreut
Danzig, den 24. März 1886.
Omantowski und Frau.

Gewerbe- und Handels-Schule für Frauen und Mädchen zu Danzig.

Das Sommersemester beginnt am 1. April cr. (124)
Zur Entgegennahme von Anmeldungen, sowie zu jeder näheren Aus-
kunft ist die Vorsteherin der Schule, Fräulein Elizabeth Solger, an den
Wochentagen von 11—1 Uhr, im Schullokal, Kopengasse Nr. 65, bereit.

Das Curatorium.

Den Herren Bau = Gewerbs = Meistern
der Bau = Innung Danzig die ergebene Mittheilung,
zum Versandt kommenden Preis = Courante für I = Träger und Eisenbahnscheinen, durch günstige Einkäufe die Preise sehr billig gestellt habe und
speziell für Eisenbahnscheinen eine Ermäßigung von

50 Pfennigen

stattgefunden hat.

Demnach verliert das bereits überreichte Profilbuch mit dem heutigen
Tage seine Gültigkeit. [319]

Danzig, den 24. März 1886.

Maria Wannow,

geb. Bessel,

im 58. Lebensjahr. (365)

Diese Anzeige allen theilnehmenden

Verwandten und Freunden.

Trutenau, 24. März 1886.

Der trauernde Gatte,

di hinterbliebenen Kinder.

Heute Morgens 1 Uhr entschließt
sich nach längerem Leiden meine ge-
liebte Frau, unsere gute Mutter,
Schwiegert- und Großmutter, Frau

Richard Lange.

Dresden. Liegenhof Westvor.

Heute Morgens 1 Uhr entschließt
sich nach längerem Leiden meine ge-
liebte Frau, unsere gute Mutter,
Schwiegert- und Großmutter, Frau

Richard Lange.

Martha Gräbe,
Alfred Künige,
Apotheker. (335)

Verlobte.

Dresden. Liegenhof Westvor.

Heute Morgens 1 Uhr entschließt
sich nach längerem Leiden meine ge-
liebte Frau, unsere gute Mutter,
Schwiegert- und Großmutter, Frau

Richard Lange.

Johanna Wannow,

geb. Bessel,

im 58. Lebensjahr. (365)

Diese Anzeige allen theilnehmenden

Verwandten und Freunden.

Trutenau, 24. März 1886.

Der trauernde Gatte,

di hinterbliebenen Kinder.

Heute Morgens 1 Uhr entschließt
sich nach längerem Leiden meine ge-
liebte Frau, unsere gute Mutter,
Schwiegert- und Großmutter, Frau

Richard Lange.

Preuss. Hypotheken-
Action-Bank.

Die für das Jahr 1885 mit

5 Prozent festgestellte Dividende

wird gegen Einlieferung des Divi-

dencheinnes Nr. 8 mit

Mark 30 pro Aktie

von heute ab an unserer Kasse, sowie

bei allen Pfandbriefverkaufsstellen aus-

gezahlt.

Berlin, den 23. März 1886.

Die Hauptdirection.

Neumann,

Rechtsanwalt,

Königsberg in Pr. (341)

Ich habe mein Comtoir von

Kohlengasse 2 nach

Hundegasse 89

eine Treppe

verlegt.

J. Schmidt.

340) Höhere Mädchenschule

in Neufahrwasser.

Der Sommerkursus beginnt am

1. April. Zur Aufnahme neuer Schülerinnen

ist täglich von 3 bis 5 Uhr

Nachmittags bereit.

Editha von Groddeck,

Schulvorsteherin.

Saspenstrasse Nr. 10.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Loose! Loose!

Marienburg, Geld-Lott. 3,50 M.

Königsberg, Pferde-Lott. 3 M.

Stettiner Pferde-Lotterie 3 M.

Marienburg, Pferde-Lott. 3 M.

empf. S. L. v. Wollweber. 21.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Zeitung.

Wachstunden, insbes. im Latein,

werden ertheilt. Adressen erbetan

unter 8269 in der Expedition dieser

Beilage zu Nr. 15761 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 24. März 1886.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 23. März.

Die dritte Beratung des Staats wird fortgesetzt beim Etat des Cultus.

Abg. Neubauer (Pole) berichtigte eine Behauptung des Abg. Gerlich in der zweiten Lesung über angebliche Verhandlung der deutschen Predigt seitens des Pfarrers in Schwedt auf Grund eines Schreibens des Letzteren dahin, daß er in der Schweizer Pfarrkirche polnisch und deutsch predigt, und auch sonst für die Deutschen seelsorgerisch hinreichend gesorgt werde.

Abg. Gerlich (freicon.) spricht seine Freude darüber aus, daß der Schweizer Pfarrer fortan die Deutschen mehr berücksichtigen wolle.

Abg. Kantał (Pole) constatirt, daß der Schweizer Pfarrer bisher bereits so gehandelt habe und nicht handeln wolle.

Abg. Gerlich widerspricht dem auf Grund seiner Privatinformationen.

Abg. Kantał glaubt, daß dieser Fall des Pfarrers in Schwedt die Art und Weise kennzeichne, wie man heut zu Tage öffentliche Meinung mache. Der Reichskanzler habe, gestützt auf den Bericht eines Landrates, behauptet, daß ein polnisch-katholischer Pfarrer den Dienstboten verboten habe, bei Evangelischen zu dienen. Diese Behauptung sei durch gerichtliche Verhandlung widerlegt worden. Davor habe man offiziell nicht Notiz genommen. Dagegen sei eine falsche Behauptung in Millionen von Exemplaren verbreitet worden.

Abg. Windthorst mahnt zur Vorsicht bei der Benutzung derartiger „amtlicher“ Berichte.

Abg. Berger (Centr.) bestreitet die frühere, gegen die Überleitung der Diözese Kulm gerichtete Behauptung des Cultusministers, daß in Pelpin der deutsche Gottesdienst vernachlässigt werde. Dem widerspreche ein Bericht des Regierungspräsidenten.

Minister v. Göbber berichtet, den Fall zu untersuchen, er habe sich früher auf den Bericht des Präsidienten von 1872 bezogen. Dieser Bericht stehe in den Acten, und er bitte, doch nicht gleich mal dies vorauszusehen, wenn diese achtmonatigen Thatsachen nicht ganz übereinstimmen. Die Wahrheit liege oft in der Mitte.

Abg. v. Schorlemmer (Centr.) : Immer wieder habe der Minister das Bedürfnis, den Bischof von Kulm, diesen ehrwürdigen lokalen Geist, anzugeben und sich eine Niederlage zu holen. Warum gebe der Minister nicht offen und gerade diejenige Genehmigung, die schon bei der ersten Gelegenheit verlangt worden sei und die ihm zur Befreiung hätte? Diese Art des Vorgehens tangiere auch das Ansehen der Regierung.

Beim Kapitel Elementarschulen beschwert sich Abg. Dirichlet (freiicon.) darüber, daß die Schulaufsichtsbehörden sehr häufig fiscalische Interessen wahrnehmen. In streitigen Fällen hätten sie die Entscheidung der Gerichte abzuwarten wie jeder Private, statt ihnen angeblich zu stehende Leistungen auf dem Wege der Execution einzutreiben.

Sum Unterstützungsfonds für ausgeschiedene Elementarlehrer und Lehrerinnen (Emeriten) bemerkt

Abg. v. Schendorff (nat.-lib.): Dem im vorigen Jahre angenommenen Volksschullehrer-Pensionsgesetz könnte eine rückwärtige Kraft nicht gegeben werden; es hätte dies das Zustandekommen des Gesetzes selbst gefährdet. Dagegen wurde eine von mir und dem Abg. Buchhoff vorgelegte Resolution einstimmig an-

genommen, deren Inhalt etwa war, daß dieser Unterstützungsfonds dauernd in einer Höhe erhalten bleiben solle, welche die Emeriten vor wirklicher Notthilfe schützt. Die große Zahl der in diesem Jahre wieder eingegangenen Petitionen dürfte aber doch die Vermuthung rechtfertigen, daß diese Notthilfe noch lange nicht benötigt ist. Und doch sind schon jetzt im ersten Jahre 10 000 M. auf den Tit. 29 übernommen und im fünfzigsten Jahre sollen weitere 31 000 M. in Fortfall kommen. Ich möchte daher an den Hrn. Finanzminister die dringende Bitte richten, bei dem Absterben der Emeriten nur ganz allmälig mit der weiteren Herabsetzung dieses Unterstützungsfonds vorzugeben, und in jedem weiteren Jahre die Frage von Neuem zu prüfen, ob den dann noch verbleibenden Emeriten, belobt den im Alter vorgekommenen und in ärmlichen Verhältnissen lebenden, nicht eine weitere Abschaffung aus den flüssig gewordenen Geldern an Theil werden könnte.

Der Cultusetat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Handelsministeriums. Zu demselben liegt folgender Antrag der zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Polen, gewählten Commission vor: In Kap. 6 der dauernden Ausgaben als Tit. 7a einzustellen: Zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Polen 20 000 M. (Bestände können zur Verwendung in die folgenden Jahre übertragen werden.)

Ref. Abg. v. Bedlitz (freiicon.) begründet den Vorschlag nach der staats- bzw. budgetrechtlichen, wie nach der materiellen Seite hin. Nach dem Urteil der Commission präjudiziert eine derartige Genehmigung in keiner Weise dem Betrag des anderen Hauses.

Abg. Rozanski (Pole) bittet den Antrag abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Schorlemmer (Centr.): Wäre das Gesetz fertig, so hätte es nichts auf sich, diesen Posten einzustellen, aber das Herrenhaus hat doch noch nicht über das Gesetz selbst votiert. Da demselben nur zusteht, den Etat im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen, so würde die Einstellung und Annahme dieses Postens doch sicherlich dem Herrenhaus beigebracht. Dem Urteil deselben über das Gesetz präjudizieren. Warum denn die Sache so überprüfen? Man kann ja ganz ruhig einen Nachtragsetat machen. Ich bitte Sie den Antrag (Vestall links und im Centrum).

Unterstaatssekretär v. Möller: Durch die Beschlüsse der Commission ist der Gesetzentwurf dahin geändert, daß er nur noch Fragen des materiellen Rechts enthält, aber kein Wort von der Geldbewilligung. Sie können die 200 000 M. ruhig bewilligen (Heiterkeit), ohne dem Gesetz selbst und seiner Gestaltung vorzugreifen. Das Haus hat durch Annahme des Antrages Akenbach den Deutschen in den polnischen Landesteilen die Sicherung ertheilt, daß ihre Interessen nachhaltig Förderung erfahren sollen (Hört! links), ich möchte Sie bitten, diese Zusage nicht dadurch abzuwandeln, daß Sie die Gewährung dieses Postens ausschließen (Hört! links). Die Staatsregierung hofft, daß die Majorität treu der früheren Zusage die Position annehmen wird. (Beifall rechts: Lachen und Hört! links.)

Abg. Meyer-Breslau (frei): Man wird sich in dieser Sache allein um den Geschäftspunkt aus entscheiden können, ob die Bewilligung wünschenswert ist oder nicht. Hätte die Regierung allein diesen Weg gewählt, so würde wohl Niemand widerstreiten haben, denn auf allen Seiten besteht volle Sympathie gegenüber den Fortbildungsschulen. Gegenüber dem heutigen Entgegenkommen der Staatsregierung werde ich für die Bewilligung stimmen.

Abg. Höbrecht (nat.-lib.) tritt in gleichem Sinne für die Genehmigung der neuen Etatposition ein.

Abg. Kieliske (frei) in dagegen der Ansicht, daß Gesetz und Position un trennbar seien, sind in einem Paragraphen jenes Gesetzes werde der Zweck der letzteren angegeben. Trenne man beides, so ist die Regierung in keiner Weise gebunden, die 2 000 000 M. im Sinne des Gesetzes zu verwenden. Deshalb werde er seinerseits die Aufnahme in den Etat nicht zugesetzen.

Abg. Graf Lümburg-Sitrum (cont.) hält den von der Commission empfohlenen Weg für correct und wird demselben um so mehr zustimmen, als die Mehrheit des Hauses offiziell für das Gesetz votieren werde.

Abg. Dirichlet (frei.) bekämpft den Commissionsantrag, der im Grunde doch nur die Zustimmung zu einer der antivolksischen Vorlagen vorweg verlangt. Redner kann nicht glauben, daß sich der deutschen Bevölkerung in Polen und Westpreußen tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigen werde, wenn man die Bewilligung

gung um 14 Tage verschiebe; denn länger werde das Zustandekommen eines Nachtragsetats sich kaum hinausziehen. Und was sollte geschehen, wenn etwa Westpreußen demnächst aus dem Gesetz gestrichen werde?

Abg. Ritter: Die Regierung legte ein besonderes Gesetz vor, nach welchem jährlich 200 000 M. für Fortbildungsschulen in Polen und Westpreußen ausgeteilt werden sollten. Bei der ersten Lesung habe ich auf dieses ganz ungewöhnliche Verfahren, die Sache außerhalb des Etats und für die Dauer zu regeln, hingewiesen und eine Regelung im Etat, ganz abgelehnt von dem Gesetz gefordert. Darauf ist die Commission und auch die Regierung, obwohl sie früher widersprach, eingegangen und ich werde daher wie der Abg. Meyer-Breslau fest für die Bewilligung im Etat stimmen. Daraus ergeben sich feinerlei Schwierigkeiten. Die Etatposition ist ebenso unabhängig von dem Gesetz, wie die 197 000 M. die jetzt für Fortbildungsschulen im Etat bewilligt werden. Für die Zukunft und für das Gesetz behält der Landtag völlig freie Hand. Die Frage ist jetzt nur erfreut: ist die Förderung von Fortbildungsschulen in Polen und Westpreußen nötig? Diese Frage ist von der großen Majorität befähigt, und ferner: werden die 200 000 M. im nächsten Jahre verwendet können? Auch diese Frage ist in der Commission bejaht und von der Regierung nachgewiesen. Ich bitte also den Förderung der Fortbildungsschulen, die gerade in diesen Provinzen dringend nötig sind und von Allen gewünscht werden müssen, die 200 000 M. zu bewilligen. Das Gesetz wünsche ich gar nicht. Möge man doch erst einmal versuchen, ob nicht mit den bisherigen Bestimmungen auszukommen.

Hier nach wird der Commissionsantrag mit großer Majorität genehmigt; gegen denselben stimmen Centrum, Polen und etwa die Hälfte der Freisinnigen.

Abg. Reinhold (nat.-lib.) befürwortet die Vermehrung der Fabrikinspectoren, speziell die Aufstellung je eines Inspectors für Ost- und Westpreußen, sowie eine Theilung des Bezirks Aachen-Trier. Außerdem betoert Redner das Bedürfnis der Beschaffung eines technisch besser durchgebildeten Gewerbebeamtenpersonals. Unterstaatssekretär v. Möller giebt zu, daß einige Bezirke zu groß seien; der gegenwärtige Moment sei aber für grundlegende Änderungen nicht geeignet, da das Institut der Gewerberäthe sich noch in einem Nebengesetzstand befindet.

Damit ist die dritte Beratung des Etats erledigt. Nach den Beschlüssen derselben beläßt sich der erforderliche Anteilebetrag auf 8 770 800 M. Die Einnahme beträgt 1 299 474 312 M., das Ordinarium der Ausgaben 1 262 836 621 M., das Extraordinarium 36 637 691 M. Mit diesen Ziffern werden das Etat und das Anteilegesetz im Ganzen definitiv genehmigt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Staatschuldbuchs gelangt ohne Debatte in erster und zweiter Lesung unverändert zur Annahme.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Cantongefängnisse in der Rheinprovinz.

Abg. Mooren (Centr.) bedauert, daß die Regierung den Entwurf in der Form wieder vorlege die im Vorjahr die Zustimmung des Herrenhauses nicht erhalten habe.

Die Vorlage geht nach kurzer Debatte an die Gemeinde-Commission.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 23. März.

Bezüglich der Behandlung der sogenannten Bevorlagen beschließt das Haus, die Aufsiedelung vorliegende Commission von 15 Mitgliedern, die drei auf dem Schulgebiete sich bewegenden Vorlagen ebenfalls einer solchen Commission zu überweisen, dagegen die Vorlage betreffend die Impfpärze zur einmaligen Schlussberatung zu stellen.

Die Commission für communale Angelegenheiten beantragt bezüglich mehrerer Petitionen von Grund- und Hausbesitzer-Vereinen welche um Aufhebung bzw. Ermäßigung der Grundsteuer bitten:

Die Erwagung, daß sich die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer zwar nicht empfiehlt, daß dagegen die Überweisung der vollen Grunds- und Gebäudesteuer an die Kreise bezüglichweise Gemeinden ein dringendes Bedürfnis ist und eine wesentliche Verbesserung des Staates wie des Communalsteuersystems herbeizuführen gezeigt; in fernerer Erwagung, daß die Regierung ihre Bereitwilligkeit kundgegeben hat, eine solche Überweisung einzutreten zu lassen, sobald Erlass für den entstandenen Ausfall dem Staate gegeben ist; und in endlicher Erwagung, daß das Bestehe der Regierung, die Erfolg durch ergiebigere Ausgestaltung des Systems der indirekten Steuern zu schaffen, volle Billigung verdient, die Petitionen der Regierung als Material für die Steuergesetzgebung zu überweisen.

Reg. Comm. Gauß: Die Regierung könne die Annahme des Vorschlags nur wünschen.

Dr. Friedenthal empfiehlt die Resolution. Die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen sei allein geeignet, dem Nothstande der kommunalen Besteuerung ein Ende zu machen. Die Kommunen, Kirchen, Kreise, usw. Abgaben betragen in den Städten ohne Berlin 92, mit Berlin 117 Mill. M., in den Landgemeinden nahezu 92 Mill. M., zusammen mit 209 Mill. M. Die auf nahezu 24 Mill. M. geschätzten Leistungen der Gutsbesitzer sind dabei nicht in Betracht gezogen, ebenso sind dabei die Naturalleistungen in den Landgemeinden sehr niedrig angeklungen. Die Summe der Communalabgaben betrage sicher 250–300 Mill. M. In Prozenten der Klassen- und Einkommenssteuer beträgt die Belastung der Städte 299, der Landgemeinden 55 p.Ct., in Prozenten sämtlicher Staatssteuern beträgt die Steuerlast 11% p.Ct. in den Städten, 16,7 p.Ct. in den Landgemeinden. Der Ausdruck „Nothstand“ sei also vollkommen gerechtfertigt.

Friedenthal ist überzeugt, daß man aus der Menge der Commission mit einem solchen Antrage gekommen sei. Die Geschichte lehrt, daß alle großen Staaten die Grundsteuer als sicherste und festeste Grundlage ihrer Finanzen betrachtet hätten. Redner verweist auf Ägypten, auf die Götzegebung Moles, auf die Assyrier, Babylonier und Perier, auf Griechenland und Rom. Überall habe man die Grundsteuer als den Keerpunkt der Steuern betrachtet. Dieses Mittel sollte man jetzt preisgeben auf die Hoffnung hin, daß dafür die indirekten Steuern Erlass bieten würden. Die Reform der Armee wäre ohne die Grundsteuer nicht durchgeführt worden. Redner hofft, daß die Resolution die Zustimmung des Hauses nicht finden werde, daß auch die Regierung es sich noch rechtlich überlegen werde, ob sie auch verantworten könnte, diese Grundlage der Finanzen preiszugeben. Das wäre eine der schwersten Verstümmungen gegen den Staat und die Krone.

Freiherr v. Mirbach: Dem Hrn. v. Patow ver danken wir ja die Grundsteuer. Das Hrn. v. Patow sich befiehlt habe, freue ihn sehr. Hoffentlich werde die Regierung alle die Hilfsmittel anwenden, welche von Seiten der Landwirthschaft erfordert werden. Der Druck der Communalabgaben habe sich so vergrößert, daß man sie nicht mehr ertragen könne.

Ober-Bürgermeister Struckmann am die Resolution nichts empfehlen, weil er nur die Überweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen empfehlen könne.

Graf Peßl: Die Nothlage erfordere dringende Hilfe. Wenn der großartige Gedanke, den die Regierung dem Reichstage vorgelegt habe, dort abgelehnt werde, dann solle man eine ausgiebige Schanklizenzensteuer in Preußen auflegen.

Reg. Comm. Gauß erklärt, daß die Regierung nicht daran denke, die Grundsteuer und den Kataster aufzuheben, daß sie vielmehr nur die Einnahmen den Gemeinden überweisen wolle.

Der Antrag der Commission gelangt mit 101 gegen

5 Stimmen (v. Patow, Struckmann, Theune, Baumstark und Beseler) zur Annahme.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Vermischte Nachrichten.

* [Aus einer Autographensammlung.] An dem jüngsten Künstlerfest in Graz wurde eine sehr schwache Faßnachtszeitung herausgegeben, welche eine gelegene Verlotung der gegenwärtig so sehr beliebten Autographen-Alben bildete. Man fand da das Autograph von Julius Cäsar, der in schönster Lateinschrift den in allen Mittelschulen berühmten Gallia omnis est divisa in partes tres; Marc Anton et sicut Shakespeare-Kennet — sendet das Dictum: Sed Brutus vir honestus, in carter Grauenchrift ist der Namenszug von Juli Montecchi, geb. Capuleti (wohl unmittelbar nach der Trauung niedergeschrieben), zu lesen; Maria Stuart schreibt: I am better than my fame! Ich bin besser als mein Ruf! In einer wahren Schleißhabschrift erscheint May Piccolomini mit dem gesagten: Blas! Blas! während Wallenstein eigenhändig aus einem seiner wirklichsten Monologe fragt: Wär's möglich, könnte ich nicht mehr, wie ich wollte? Ein wahres Juwel der Autographen-Sammlung ist aber die Urkunde, welche die bei Tiefenbanchen Generalen unterzeichneten: Just dreißig Namen!, wie es im Schiller heißt. Auch die Unterschriften von Don Carlos, Masaniello, Achiles, ja selbst der beiden Hjorðr waren vorhanden — mehr Berühmtheiten lassen sich wirklich nicht für ein Album gewinnen!

* [Über Schaffensbeständen] wird der „Fr. Ztg.“ aus Heidelberg mitgetheilt, daß leider keine Wendung zum Bessern eingetreten ist. Die eigentliche Krankheit des Dichters ist die Arteriosklerose, d. h. eine Verfaltung der Blutgefäße, wodurch die edlen körperlichen Organe, namentlich das Herz in Mitleidenschaft gezogen werden. Seit einigen Tagen hat sich dazu Wassersucht eingestellt und die Leiden des Kranken sind geradezu unerträglich. Schaffel, der sich keines bedeckenden Zustandes völlig bewußt ist, bat bereits vor vierzehn Tagen seine leichtwilligen Verfüllungen getroffen. Der Tod würde dem Gequälten eine wahre Erlösung sein. Außer seinem Arzt Dr. Febré sind die Professoren Erb, Löffel und Kukmaul ihm zu Hilfe gekommen.

Bautzen, 21. März. Das hiesige Landgericht verurtheilt fürstlich den Gutsbesitzer Schwarz aus Wittendorf bei Bittau und den dortigen Hausehalter Leubner wegen Vergebaus gegen das Nahrungsmittelegesetz zu einer Gefängnisstrafe von je drei Monaten und einjährigem Ehrenverlust. Ersterer hatte nämlich das Fleisch einer im höchsten Grade verfaultigen Kuh trotz des Verbotes des Viehhüters an Leubner für 30 M. verkauft und dieser hatte das Fleisch an andere Fleischer abgegeben. Nur dem rechtzeitigen Eingreifen der Wohlfahrtspolizei ist es zu danken, daß das Publikum von den eventuellen Folgen dieses unsauberen Geschäfts nicht betroffen wurde.

Tübingen, 21. März. Dieser Tage machte eine Anzahl Studenten eine Ausfahrt nach dem mehrtägigen Studienloch. Einer der Herren scheint bei dieser Vergrößertour zu sehr dem Wein ausgesprochen zu haben; er verfiel in einen total bemühslosen Zustand! Die angehöerten Commisionen hielten den armen Bruder Studio in Stroh ein und luden ihn auf den Wagen. Im gestreiften Trab ging es der betrunkenen Studentin zu. Als man den immer noch Regungslosen vom Wagen nahm, fand es sich zu aller Entsetzen, daß der bedauernswerte junge Mann — ein Herr M. aus Cannstatt — tot war. Wie verlautet, ist bereits die Unterfahrung eingeleitet.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 23. März Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 160,00–165,00. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 140–146, russischer loco fest, 106–108. — Hafer und Gerste rubig. — Rübbel fest, 120–124. — Spiritus still, 26. März 26 4/Br., 26 April–Mai 26 4/Br., 26 Mai–Juni 26 4/Br., 26 August–September 28 4/Br., 26 Br. — Kaffee fest, Umfaß 3000 Sac. — Petroleum flau, Standard white loco 7,60 Br., 7,50 Br., 26 April 6,65 Br., 26 August–Dezember 7,00 Br. — Butter 26. März.

Bremen, 23. März. (Schlußbericht) Petroleum matt. Standard white loco 6,65.

Wien, 23. März. (Schluß-Course) Oester. Papierrente 85,25, 5% öster. Papierrente 101,8

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Ziganenberg Blatt 103 und 120 auf den Namen des Bestlers Michael Paul Wegner eingetragenen, zu Langfuhr Nr. 95 belegenen Grundstücke am 29. April 1886,

Vormittags 10½ Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück Ziganenberg Blatt 103 ist mit 1374 M. Nutzungswert, das Grundstück Ziganenberg Blatt 120 mit 600 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt; das erste Grundstück hat eine Fläche von 29 Ar, das letztere eine solche von 29,90 Ar. Auszug aus den Steuerrollen, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts und andere die Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei VIII., Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Alle Rechtsberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersther übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorragt, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Binen, wiedergehenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, während dieselben bei Feststellung des ersten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigfalls nach erfolgtem Aufschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung des Aufschlags wird am 30. April 1886,

Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, verandert werden.

Danzig, den 1. März 1886.

Königliches Amtsgericht XI.

In der Thiel'schen Zwangsvorsteigerungssache von Plessau Nr. 26 wird bekannt gemacht, daß das Grundstück nicht mit 88,40 M., sondern mit 88,40 Thaler Reinertag zur Grundsteuer veranlagt ist.

Marienburg, den 18. März 1886.

Königl. Amtsgericht I.

Bekanntmachung.

Der bisherige Vorstand der Volksbank zu Gorzow, eingetragene Genossenschaft, zu Gorzow, bestehend aus:

1. dem Organisten Innocent Dembski in Gorzow als Director.
 2. dem Tischlermeister Simon Głowacki dafelbst als Rendanten.
 3. dem Adlerbürger Johann Severtowski dafelbst als Controleur.
- ist auf die Jahre 1886, 1887, 1888 durch General-Versammlungsbeschluß vom 9. Februar 1886 wieder gewählt. Strasburg, den 12. März 1886.

Königl. Amtsgericht.

Ziegel-Lieferung.

Die Anlieferung und Anfuhr von 89,5 Mille Hintermauersteine, sowie 33,5 Mille Verbrennziegeln zum Neubau des evangelischen Pfarrhauses zu Brem, veranlagt auf zusammen 3622,50 M., soll in Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Termine zur Eröffnung der versteigerten und mit entsprechender Aufschrift versehenen Öfferten ist auf Sonnabend, den 3. April cr.,

Vormittags 10 Uhr, im Bureau des Herrn Kreis-Bau-Inspectors Mau hier selbst anberaumt.

Die Bedingungen hierüber liegen in dem betreffenden Bureau zur Einsicht aus, und können dieselben gegen Einzahlung von 0,80 M. von dort aus bezogen werden.

Brem, den 20. März 1886.

Der evangelische Gemeinde-Kirchenrat.

Loose

zu den Geld-Lotterien von Marienburg und Ulm a 3 M. 50 S., zu den Pferde-Lotterien von Marienburg, Königsberg und Kassel a 3 M. zur Kinderhilfslotte Zoppot a 1 M. zu haben in der

Exped. d. Danz. Btg.

Loose der Zoppoter Kinder-Hilfslotten-Lotterie a 1 M. Loose d. Marienburger Pferde-Lotterie a 1 M. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M. 3.

Loose der Casseler Pferde-Lotterie a 1 M. 3.

Loose der Marienburger Geld-Lotterie (bei der General-Agentur in Berlin bereits vergriffen) a 1 M. 350.

Loose der Ulmer Münsterbau-Lotterie a 1 M. 350. (355)

Loose der Pomm. Provinzial-Thierschan-Lott. a 1 M. 1.

Loose der Wiesbadener Roth-Kreuz-Lotterie a 1 M. bei Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Somopathie.

Alle innere und äußere Krankheiten, Organeiden, Rheuma, Schrähheit, Epilepsie, geheime Krankheiten.

Richard Sydow, Hansebor 1.

Sprechstunden 9—2 Uhr. (369)

Siedentop's Nachfolger

Bahnarzt Peters.

Langgasse 28.

7 M. 50 Pf. pro Quartal.

Magdeburgische Zeitung

gegr. 1626.

Politische und Handels-Zeitung ersten Ranges.

Weiteste Verbreitung in Deutschland.

Wirkamstes Insertions-Organ. Inseraten-Preis 35 Pf.



Hauptsächlich verbreitet

in der Provinz und dem Königreich Sachsen, in Anhalt, Braunschweig, Hannover, Westfalen, Brandenburg, Mecklenburg und den Thüringischen Staaten.

Ich wohne jetzt
Schmiedegasse 3,
2 Treppen.
Collin,
Divisions-Pfarrer. (322)

Victoria-Kindergarten
Heumarkt 6.

Sommerkursus vom 1. April ab. Spiele u. Beschäftigung nach Fröbel. Erholung und Bewegung in geräumigem, schattigen Garten. Vorbereitung zu den Elementar-Klassen der höheren Schulen. (226)

Anmeldungen erbitte Vormittags

Ellisabeth Thomas.

Bildungsanstalt für Fröbel'sche Kindergärtnerinnen

Poggendorf Nr. 11.

Der neue Kursus beg. Donnerstag, den 1. April. Anmelb. jung. Mädchen nehmen in den Nachmittagsst. entgeg. D. Mittnowski, A. Senstor, Vorst.

Der Sommerkursus in meinem Vor-bereitungskreis für die Septima event. Sexta höherer Lehranstalten beginnt am 1. April und bin ich zur Aufnahme neuer Schüler jeden Alters täglich bereit. (334)

Helena Guttke, Heiligegeistgasse 3, I. (Glockenthal).

Gründlicher Klavierunterricht

wird Anfängern wie Erwachsenen von einer gut empfohlenen Lehrerin erh.

Honorar 16 Sid. 12 M.

Gef. Adressen unter Nr. 9832 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Hotel Deutsches Haus, Danzig

Holzmarkt Nr. 12, empfiehlt seine gut eingerichteten

Fremdenzimmer von 1,50 an, sowie seine Restaurants-Räumlichkeiten zur gefälligen Benutzung. (843)

Hochachtungsvoll

A. Küster.

Großlörnigen Elb-Caviar

pro Pfund Mf. 2, bei 5 Pfund Mf. 1,80, empfiehlt

A. W. Prahl,

Breitgasse 17.

Osser-Sprotten

wieder täglich frisch zu haben Spandau-nengasse Nr. 6. (333)

Eisengießerei C. G. Springer,

Danzig, Niederstadt, Weidengasse Nr. 35, liefert rohe und bearbeitete

Gussewaren, mit und ohne Modell, oder mit Maschinen geformt in bester Qualität und sauberster Ausführung.

NB. Worfstäbe als Massenartikel billigst. (529)

Maschinenfabrik, Eisen- u. Metall-Gießerei.

Lager von Hähnen, Ventilen, Kessel-Armaturen. (7517)

J. Zimmermann,

Danzig, Stein-damm Nr. 7.

Sombart's neuer, geräuschloser Patent-Gasmotor

v. 1 Pferdekraft aufwärts.

Vorlage: einfache und solide Construction.

Geringer Gasverbrauch! Ruhiger und regelmäßiger Gang.

Billiger Preis!

Aufstellung leicht.

Zu beziehen von Buss, Sombart & Co. MAGDEBURG (Friedrichstadt).

Vert. Hodam & Ressler, Danzig.

Pappel-, Espen-

Böhlen und Bretter sind in jeder Stärke zu haben bei

F. Wiechert jun.

Mühle Pr. Stargard.

in der Provinz und dem Königreich Sachsen, in Anhalt, Braunschweig, Hannover, Westfalen, Brandenburg, Mecklenburg und den Thüringischen Staaten.

7 M. 50 Pf. pro Quartal.

Abonnement-Einladung auf die

Schönlauer Zeitung

und Anzeiger für die Ortschaften des Kreises Czarnikau mit den wöchentlichen Gratis-Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt sowie Landwirthschaftliche und

Handels-Beilage.

Abonnementpreis für alle drei Blätter zusammen

1,25 Mark

pro Quartal bei jeder Postanstalt zu bezahlen.

Die Schönlauer Zeitung erscheint 3 mal wöchentlich und bringt neben gedruckten Notizen eine politische Rundschau, Volks- und Provinzial-Nachrichten, Vermischtes, Lotterie-Gewinnliste, Börsen- und Marktberichte, Literarisches, ein sorgfältig gewähltes Feuilleton, Holzverkaufs-Klammermäppchen, Familien-Nachrichten u. ic.

Die Schönlauer Zeitung, hauptsächlich in den Städten Schönlanke, Czarnikau, Tilschne, Kreuz, Schlopp, Lübz und Umgegend verbreitet, ist bei ihrer großen Auflage für Inserate, deren Preis mit 10 Pf. für die gehalb Zeile sehr niedrig gestellt ist, von ganz bedeutender Wirtschaftlichkeit. Bei größeren Aufträgen wird entsprechender Rabatt bewilligt.

Die Expedition der Schönlauer Zeitung. (H. Renn.)

Nordostl. Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft. Section IV.

In der General-Versammlung oben bezeichneteter Berufsgenossenschaft, welche am 17. März cr. in Elbing stattgefunden hat, ist an Stelle des ausstehenden Herrn Majazin-Danzig, Herr T. Kuttenthaler ebendaselbst gewählt worden. (339)

Der Sections-Vorstand.

F. Schichau.

Pfandbrief=Verloofung.

Heute hat die 27. Verloofung von unseren Pfandbriefen Serie VI. a 5 Proc. verzinslich und a 110 rückzahlbar stattgefunden. Die ausgelosten Stücke werden von heute ab gegen bar eingelöst.

Mit dem 30. September cr. treten diese Pfandbriefe außer Verzinsung.

Buchungsslisten können bei uns in Empfang genommen werden und auch bei den sämtlichen Pfandbrief-Verkaufsstellen eingesehen werden, desgleichen die Restantenlisten. (354)

Berlin, den 13. März 1886.

Die Direktion.

Julius Kohn. H. Weisse.

Einkauf von Alterthümern.

Ph. Frenkel, Antiquar aus Utrecht (Holland), Choerstraat E. 6.

kauf: Porzellan, Service, Figuren, Gruppen, Dosen, Glacons, Vasen, Gobelins-Tapeten, Seidenstoffereien,

Deutsche, Holländische u. Französische Fayenceen, Fächer, Spitzen, Schmucksachen, Emaildosen, Kandelaber und Uhren aus der Zeit Ludwigs XIV. und XVI., goldene u. Porzellan-Dosen u. s. w. und ist bis

Sonntagabend im hotel Englisches Haus.

Bitte schriftliche Öfferten dahin adressieren zu wollen.

N.B. Besitzer derartiger Gegenstände aus der Umgegend werden besonders auf die günstige Öfferte aufmerksam gemacht. (208)

Wolff & Lichtenfeld,

Frühjahrs-Saison

ganz ergebnisfrei anzuseigen.

Auslässe, Paletots u. Beinfleider

werden auf Bestellung nach Maß, unter Garantie des Gutsherrn bei billigster Preisnotierung angefertigt. (292)

<p